

Antrag

der AfD-Fraktion

Corona-Chaos an Schulen beenden - Bildungsministerium neu besetzen

Der Landtag stellt fest:

Die derzeitige Ministerin für Bildung, Jugend und Sport wird den hohen Anforderungen, die an ihr Amt gestellt werden, und ihrer Verantwortung gegenüber den Eltern, Schülern und Lehrern nicht gerecht.

Der Landtag möge beschließen:

Der Ministerpräsident wird aufgefordert, die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport gemäß Art. 84 der Verfassung des Landes Brandenburg unverzüglich zu entlassen und das Amt binnen einer Frist von 14 Tagen mit einer geeigneten Personalie neu zu besetzen.

Begründung:

Mit der überraschenden Ankündigung vom 23. November 2021, die Präsenzpflcht für Schüler auszusetzen und den Beginn der Weihnachtsferien um drei Tage vorzuziehen, hat die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport nicht nur die denkbar schlechteste aller möglichen Optionen der Unterrichtsorganisation gewählt, sondern die Familien und die Schulen im Land Brandenburg zum wiederholten Male ins Chaos gestürzt. Noch am Freitag, dem 19. November 2021, hatte Britta Ernst in einer Presseaussendung ihres Hauses mitgeteilt, die Schulen bei der Gewährleistung des Präsenzunterrichts unterstützen und entlasten zu wollen. Nur vier Tage später erfolgte die Kehrtwende.

Das Zustandekommen dieser Entscheidung hat massive Verärgerung ausgelöst und stellt für die Beteiligten eine enorme Belastung dar. Eltern, Schulleitungen und Lehrer beklagen sich zu Recht lautstark über die katastrophale Kommunikationspolitik des Ministeriums. Erst am 25. November 2021 informierte das MBS über die konkrete Ausgestaltung der Unterrichtsorganisation. Demnach betrifft die Aussetzung der Präsenzpflcht die Jahrgangsstufen 1 bis 5, 7 und 8, 5 und 6 (LuBK) sowie die Jahrgangsstufen an Förderschulen. Es sind also wiederum jene Kinder betroffen, die auf die Abhaltung des Unterrichts in Präsenz am dringendsten angewiesen sind, in den vergangenen anderthalb Jahren aber ohnedies schon unverhältnismäßig benachteiligt wurden. Darüber hinaus teilte das Ministerium mit, dass für Schüler dieser Jahrgangsstufen ausdrücklich kein Anspruch auf Distanzunterricht besteht.

Die Eltern werden daher zum wiederholten Male gezwungen, zwischen der Gesundheit ihrer Kinder und deren Recht auf Bildung entscheiden zu müssen. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu zynisch, wenn das Ministerium die Entscheidung zur Aussetzung der Präsenzpflcht damit rechtfertigt, man sei lediglich den Elternwünschen entgegengekommen. Diese

Eingegangen: 30.11.2021 / Ausgegeben: 01.12.2021

Behauptung wiesen verschiedene Elternvertreter in öffentlichen Stellungnahmen scharf zurück. Der Kreiselternrat Cottbus forderte daraufhin am 25. November 2021 den Ministerpräsidenten auf, der Bildungsministerin den Rücktritt nahezu legen.

Darüber hinaus werden die Eltern durch die ebenso angekündigte Vorverlegung der Weihnachtsferien um drei Tage mit der Herausforderung konfrontiert, die Betreuung ihrer Kinder während dieser Zeit zu organisieren und zu gewährleisten - was aufgrund der vielfach aufgebrauchten Urlaubstage schlechterdings unmöglich sein dürfte.

Nach beinahe zwei Jahren Krisenbewältigungsversuchen des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport ist klar: Bei den Fehlritten der vergangenen Monate handelte es sich keinesfalls um Einzelfälle. Es liegt vielmehr ein Systemversagen ausgerechnet in jenem Politikbereich vor, der für die Bildungs- und Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen von außerordentlicher Bedeutung ist.

Die Ministerin ist offenkundig nicht imstande, aus den Fehlern und der Kritik der Vergangenheit zu lernen und hieraus Konsequenzen für ihr weiteres Handeln zu ziehen: Die Kommunikation des Ministeriums mit Eltern, Lehrern und Schülern ist rücksichtslos und desaströs, die Entscheidungen erfolgen sprunghaft, ohne vorherige Absprachen und zum Schaden aller, die neuen Informationen erhalten die Beteiligten bestenfalls aus den Medien.

Die Rechtfertigungsversuche einer Ministerin, die sich selbst von jedweder Verantwortung für die von ihr getroffenen Entscheidungen freispricht und diese stattdessen wahlweise auf Eltern oder Lehrer abwälzt, sind beschämend und zeugen von einem eklatanten Mangel an Verantwortungsbewusstsein.

Eine Ministerin aber, die keine Verantwortung übernehmen will, Eltern und Lehrer gegeneinander ausspielt, Kinder und Jugendliche ihrer Bildungschancen beraubt und das Schul- und Bildungssystem fortwährend nur schwächt, anstatt dieses zu stärken, wie es ihre Aufgabe wäre, ist fehl am Platz. Kinder und Jugendliche, Lehrer und Eltern haben ein Recht auf zeitnahe Informationen, auf Berechenbarkeit, Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit der schul- und bildungspolitischen Maßnahmen. Das Vertrauen wurde restlos enttäuscht. Unter diesen Umständen ist auch der Erfolg bei der Umsetzung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ ausgeschlossen.

Der so oft beschworene „Brandenburger Weg“ in der Krisenbewältigung endet damit in der bildungspolitischen Sackgasse.

Da bedauerlicherweise nicht damit gerechnet werden kann, dass die Ministerin selbst die Kraft aufbringt, die persönlichen Konsequenzen aus ihrem Scheitern zu ziehen und ihren Posten zum Wohle der Schüler, Eltern und Lehrer zugunsten eines geeigneteren Kandidaten zu räumen, ist der Ministerpräsident des Landes Brandenburg aufgefordert, endlich zu handeln.